Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift ⅓ Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 264 — Freitag den 14. November 1919 — 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Volksküche zu Wilsdruff.

Die Tagesportion kostet **ab 15. November 1919**

für Einzelpersonen mit Einkommen bis	800 Mk.		30 Pfg.
„ Familien „ „ „	1600 „		
„ Einzelpersonen „ „ „	1600 „		35 Pfg.
„ Familien „ „ „	2200 „		
„ Einzelpersonen „ „ „	2200 „		40 Pfg.
„ Familien „ „ „	3400 „		
für Einzelpersonen mit Einkommen bis	3400 Mk.		50 Pfg.
„ Familien „ „	über 3400 „		
„ Einzelpersonen „ „ „	3400 „		60 Pfg.

Für **Lehrlinge** und **sonstige Hausangestellte** ist der Preis zu entrichten, den der Lehrherr oder Haushaltungsvorstand nach seinem Einkommen selbst zahlt oder zu zahlen hätte.

Wilsdruff, am 12. November 1919. 810 **Der Stadtrat.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben

Grauenvolle Behandlung der deutschen Gefangenen in Frankreich.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Entente hat die deutsche Regierung davon verständigt, daß sie die Gemeindewahlen in Oberschlesien als ungültig betrachtet.

* Die Ententekommission für das Baltikum hat sich von Berlin nach Tilsit begeben.

* Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß wurde die technische Seite des U-Boot-Krieges beendet.

* Der Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann, ist gestorben.

* Der Oberste Rat hat beschlossen, den in Saloniki internierten Generalfeldmarschall v. Mackensen unverzüglich freizulassen.

* Die österreichische Regierung hat die Auslieferung des Münchener Kommunisten Levien abgelehnt. Levien bleibt aber in Haft.

* Präsident Poincaré ist zum Besuch des englischen Königspaares in London eingetroffen.

* In Ungarn gilt die Thronkandidatur des Erzherzogs Otto, des Sohnes des früheren Kaisers Karl, als gesichert.

* In Bulgarien ist wegen der von der Entente gestellten Forderung der Räumung Thraziens eine Regierungskrise ausgebrochen.

Oberschlesien.

Mit Händen und Füßen haben die Polen sich dagegen gewehrt, daß die für Oberschlesien ausgeschriebenen Gemeindewahlen vorgenommen werden, ehe das Land in die Verwaltung des Völkerbundes übergegangen ist. Des Völkerbundes — das heißt in diesem Falle Frankreich, und die Polen müssen darauf vertrauen, daß ihre Interessen nirgends besser aufgehoben sind als bei ihren Pariser Freunden, denen die Schwächung Deutschlands an der Ostgrenze gar nicht weit genug gehen kann. Die Wahlen haben aber doch stattgefunden, und die Polen können mit ihrem Ergebnis einigermaßen zufrieden sein; ob sie trotzdem darauf beharren werden, daß sie in ihrer Wahlfreiheit behindert waren? Die Entente jedenfalls will sie beim Wort nehmen, denn der Oberste Rat — die Vorsehung der Welt, wie man weiß — hat beschlossen, die Wahlen für ungültig zu erklären, weil sie nach seiner Ansicht im Widerspruch mit der Freiheit der Volksabstimmung vollzogen worden seien. Unter der Leitung deutscher Behörden können sich diese Herren nun einmal nur Vergewaltigung und Terror vorstellen; und wo der neue Völkerbund herrscht oder herrschen soll, muß es natürlich streng nach Recht und Gerechtigkeit zugehen. Eupen und Malmedy, das Saargebiet und die Pfalz wissen davon bereits mehr als ein Liedchen zu singen.

Wie die deutsche Regierung sich zu diesem abermaligen Eingriff in ihre ureigensten inneren Angelegenheiten stellen wird, läßt sich wohl denken. Die Polen aber werden wohl bedauern, auch in diesem Falle wieder mit ihren Denunziationen in Paris durchgedrungen zu sein; denn wenn eine Partei Ursache hat, mit dem Wahlausfall zufrieden zu sein, so sind sie es. Nahezu die Hälfte der Wähler haben sie gestellt, und besonders in den ländlichen Bezirken beherrschen sie das Feld fast unbeschränkt. Die großen Industriestädte freilich haben sich gut deutsch gehalten, aber auch hier sind die Polen dank ihrer nationalen Geschlossenheit vielfach im Vorteil gegenüber der unseligen Parteizersplitterung im deutschen Lager, wo Zentrum und Mehrheitssozialisten in der Hauptsache die Leidtragenden sind. Ihre Stimmenzahlen sind erheblich zurückgegangen, während die deutschnationale Volkspartei kräftig aufgeholt hat, ebenso die demokratische Partei und auch die Unabhängigen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. Zu den Wahlen zur Nationalversammlung hatten die Polen zwar Stimmenthaltung proklamiert, ihre Wähler waren aber doch vielfach, wie sich jetzt, wo getrennte Listen vorliegen, nachweisen läßt, mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum mitgegangen. Jetzt haben sie ihre zahlenmäßige Stärke offenbart und können, wenn die Entente es nicht verhindert, von ihren erweiterten Machtbefugnissen in den Gemeinden Besitz ergreifen. Kommt es nicht dazu, dann müssen eben die alten, gerade von den Polen so leidenschaftlich bekämpften Zustände einstweilen noch zu recht bestehen bleiben. Wer den Schaden davon hätte braucht kaum gesagt zu werden.

Von Schlesien aus wird davor gewarnt, aus den jetzigen Wahlergebnissen Schlüsse zu ziehen auf die im nächsten Frühjahr zu erwartende Volksabstimmung über die fernere staatliche Zugehörigkeit des oberschlesischen Landes. Auch viele Polen, die jetzt natürlich für polnische Kandidaten gestimmt haben, wollten von einem Übergang zu Warschau nichts wissen, und dann würden die sehr zahlreichen gebürtigen Oberschlesier ihre Stimmen mit in die Wagschale werfen, die über ganz Deutschland hin zerstreut leben. Mag sein, daß von beiden Seiten her wesentliche Hilfsquellen für das Deutschtum zu erschließen sein werden; doch werden sie, so viel ist klar, das Schicksal des Landes nur bei aller äußerster Kraftanspannung noch zu retten vermögen. Hier muß ungesäumt zugegriffen werden. Sonst geht uns auch Oberschlesien verloren — und dann können wir wirklich nichts anderes mehr tun als die Hände in den Schoß zu legen und das Verhängnis des Versailler Friedens seinen Lauf nehmen zu lassen. Dann ist es mit Deutschland so gekommen, wie Clemenceau es erstrebt hat und wie er es mit Hilfe der Polen verwirklichen will. Dann erst würde die Saat des Bolschewismus bei uns völlig ungehemmt in die Halme schießen.

Struve gegen Capelle im Untersuchungsausschuß.

(Neunter Tag.) Berlin, 11. November.

Die technische Seite des U-Boot-Krieges kommt heute nochmals nach Eröffnung der Sitzung zur Sprache. Staatssekretär a. D. Capelle verwahrt sich eingehend gegen die ihm von Dr. Struve gemachten Vorwürfe, daß er während seiner Amtsdauer nicht genügend U-Boote gebaut hätte und durch seine Ausführungen im Hauptausschuß den Reichstag getäuscht hätte. Eine Kontrolle der Admiralität vom Mai 1919 weist nach, daß

vor dem Kriege und während des Krieges im ganzen 810 U-Boote in Auftrag gegeben sind,

davon 45 vor dem Kriege. Herr v. Tirpitz hat 186 U-Boote in Auftrag gegeben und ich während meiner Amtsdauer 579. In den neun Monaten des Jahres 1916, als ich Staatssekretär war, habe ich 90 U-Boote in Auftrag gegeben, 1917 269 und in neun Monaten des Jahres 1918 noch weitere 220. Wenn das Jahr 1916 schlecht weggekommen ist, so lag der Grund in der politischen Situation. Der frühere Staatssekretär gab hierauf einen Rückblick über die Geschichte des U-Boot-Krieges bis zur Sussexnote. Mit dieser Note war, so sagte er, der rücksichtslose U-Boot-Krieg auf den toten Strang geschoben, bis er auf Veranlassung Ludendorffs und Hindenburgs wieder aufgenommen wurde. Der Zeuge will stets die U-Boot-Herstellung gefördert haben. Vorsitzender Warmuth fragt Herrn v. Bethmann Hollweg: Warum ist eine Denkschrift Dr. Struves an Sie nicht an den Staatssekretär v. Capelle weitergeleitet worden? — Herr v. Bethmann Hollweg: Ich habe niemals den Eindruck gehabt, daß Staatssekretär v. Capelle den U-Boot-Bau ungenügend fördere. — Herr v. Capelle sagt weiter, es bestand da eine Strömung in Marinekreisen, mit Tirpitz an der Spitze, die der Ansicht war, daß unsere Zahl an U-Booten voll und ganz ausreichte. Sie hätte also durchaus ausgereicht, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg anzufangen, etwas anderes ist es um den Erfolg. (Heiterkeit.)

Nach einer Reihe von Fragen, die hauptsächlich von dem Abg. Gothein in bezug auf die den einzelnen Waffen erteilten Aufträge und auf die in voriger Sitzung schon umstrittenen Äußerungen v. Capelles gestellt werden, kommt Abg. Dr. Struve zum Wort und führt aus: Schon 1916 schien uns

Staatssekretär v. Capelle über den U-Boot-Bau nicht recht orientiert zu sein.

Jeder Tag war kostbar, und deshalb wuchsen unsere Bedenken gegen eine leitende Persönlichkeit, der jede Erfahrung fehlte. Erst gegen Ende seiner Amtszeit ist er entsprechend unseren Einwendungen zu der Einsicht gekommen, daß wir Serien und nicht so viel Einzeltypen von U-Booten haben müßten. Von elf Werften, die zum U-Boot-Bau herangezogen worden sind, haben nur neun die Möglichkeit gehabt, U-Boote abzuliefern. Erst Herbst 1917 setzten die großen U-Boot-Bestellungen ein, es deckt sich dies mit jener diplomatischen Antwort Ludendorffs, daß das Zusammenarbeiten mit der Marineverwaltung „jetzt" vorhanden sei. Die in der Folgezeit gemachten U-Boot-Bestellungen rechnen wir nicht mehr zu der Amtsführung des Herrn v. Capelle. Herr v. Capelle erwiderte, er sei im März 1916

gegen seinen Willen zum Staatssekretär ernannt

worden. Mein Widerspruch gegen die Ernennung, betont der Admiral, begründete sich hauptsächlich darauf, daß ich seit zwanzig Jahren aus der Front heraus wäre und mit der technischen Seite so gut wie nichts mehr zu tun gehabt hätte. Ich war infolgedessen auf meinen Departementsdirektor angewiesen, der als ehemaliger Oberwerftdirektor reiche Erfahrungen hatte. Er besaß mein volles Vertrauen. Ohne jeden äußeren Druck habe ich dann das U-Boot-Amt geschaffen, das sich alsbald so entwickelte, daß es dauernd zu den anderen Bauämtern in Konflikt kam. Ich mußte dauernd Frieden stiften und habe stets zugunsten des U-Boot-Amtes entschieden. Die ganze Verantwortung fiel auf mich und seitens des U-Boot-Amtes wurde eine viel energischere Bautätigkeit entfaltet. Die Frage des Abg. Dr. Spahn, welches seine persönliche Auffassung über den U-Boot-Krieg gewesen sei, beantwortete Herr v. Capelle: Die Frage, ob und wann der U-Boot-Krieg beginnen sollte, ging mich als Staatssekretär nichts an. Ich bin auch niemals gefragt worden. Als ich Staatssekretär geworden war, beurteilte ich unsere Kriegslage noch verhältnismäßig günstig. Inzwischen bekam ich mehr und mehr Einblick in die Kriegslage. Ich teilte die Ansicht der Obersten Heeresleitung und des Reichskanzlers, nämlich daß

unsere Lage um die Jahreswende 1916/17 sehr ernst war.

Es blieb uns nichts anderes übrig, als das letzte Kriegsmittel einzusetzen, um uns vor dem Untergang zu retten. Dieser Auffassung neigte ich um so mehr zu, als uns der rücksichtslose U-Boot-Krieg eine mindestens sehr große Chance bot, den Krieg für uns günstig zu beenden. Von einem Niederzwingen Englands ist niemals die Rede gewesen, wohl aber davon, daß der Erfolg genügen würde, um England zu einem brauchbaren Frieden geneigt zu machen.

Minister Dr. David: Es ist von der größten Bedeutung, was die Oberste Heeresleitung und die Seekriegsleitung von dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg erhofft haben. Man stellt es jetzt so hin, als ob man nur ein psychologisches Weichwerden Englands erreichen wollte. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Der brauchbare Frieden, den man erhoffte, war der deutsche Schwertfrieden. Professor Bonn will wissen, ob der U-Boot-Krieg in Form des Kreuzer-Krieges wirkungslos war. Herr v. Capelle führt aus: Im März 1916 war die allgemeine Ansicht in der Marine, daß der Kreuzer-Krieg keinerlei Ergebnisse zeitigen würde. Der Chef der Hochseeflotte ist erst im November durch den Kaiser gezwungen worden, den Kreuzer-Krieg aufzunehmen. Die Ansicht, als ob mit der steigenden Zahl der U-Boote auch die Zahl derjenigen steigt, die in See sind, ist grundverkehrt.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist nur die Versenkungsziffer,

das habe ich im Reichstag eingehend erläutert. Wir hatten uns auf 600 000 Tonnen Versenkung festgelegt und sind im Februar auf 750 000 Tonnen und in den nächsten Monaten durchschnittlich auf 900 000 Tonnen gekommen. Wie kann man da behaupten, daß ich den Reichstag getäuscht hätte. Ich hoffe, daß Dr. Struve diesen harten Vorwurf zurücknehmen wird. — Kapitän Brüninghausen verwahrt sich gleichfalls gegen den vom Abgeordneten Dr. Struve auch ihm gemachten Vorwurf, dem Reichstage falsche Angaben hinsichtlich der im Bau befindlichen U-Boote gemacht zu haben.

Abg. Dr. Struve: Kapitän Bartenbach hat nach dem Tirpitz-Buch 1918 erklärt, die Bautätigkeit der Marine sei von der Front viel schärfer verurteilt worden als von Dr. Struve. Konteradmiral Brüninghaus stellt fest, daß Anfang 1918 in einer Sachverständigenkonferenz Dr. Struve auch im Namen des Abgeordneten Gothein dem Leiter des Bootsamts seinen Dank ausgesprochen habe.

Der Vorsitzende erklärt nunmehr den U-Boot-Krieg nach der technischen Seite hin für erledigt und es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen, wobei Herr Struve sich gegen einige Äußerungen des Kontreadmirals Brüninghaus entschieden verwahrt. Der Vorsitzende führt dazu aus, man sei hier nicht im Parlament, wo ein freies Wort gestattet sei. Der Ausschuß habe Ähnlichkeit mit einem Gerichtshof, persönliche Spitzen müßten unterbleiben.

Die Sitzung wird nun abgebrochen

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF